

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Bähler D	<p><i>Der Kandidatin wird ein Blatt mit einem kurzen Sachverhalt zum Durchlesen abgegeben:</i> S. ist der Sohn von V und M. V ist ein Geschäftsmann im Kanton Aargau. M lebt mit ihrem Sohn S in Biel und ist wieder verheiratet. S. besucht eine Privatschule. Für die Deckung seiner Kosten (inkl. der Bezahlung der Privatschule) reicht der derzeitige Unterhaltsbeitrag des V. von CHF 1'200.- nicht aus.</p>	
		<p>Wie hoch soll der neue Unterhaltsbeitrag sein? Wie soll vorgegangen werden?</p>	Es bedarf einer Änderung des Scheidungsurteils. Wichtig ist zu bemerken, dass M wieder verheiratet ist.
		<p>Spielt dies eine Rolle?</p>	Nein, dies spielt hier keine Rolle, da es vorliegend um den Unterhalt von S und damit nur um den Anspruch des Kindes gegenüber dem V geht, also um den Kindesunterhalt.
		<p>An wen richten Sie die Eingabe?</p>	Ich reiche die Eingabe beim Regionalgericht ein.
		<p>Zuständigkeit?</p>	Gemäss Art. 26 ZPO.
		<p>Ist es eine selbständige Unterhaltsklage?</p>	Nein, also bestimmt sich die Zuständigkeit nicht nach Art. 26 ZPO sondern nach Art. 23 Abs. 1 ZPO.
		<p>Wo würden Sie klagen?</p>	In Biel.
		<p>Spielt es eine Rolle, dass die Scheidung in Bern ausgesprochen wurde?</p>	<i>Blättert im Gesetz, gibt keine Antwort.</i>
		<p>Was steht da in Art. 23 ZPO?</p>	Für eherechtliche Gesuche und Klagen sowie für Gesuche um Anordnung vorsorglicher Massnahmen ist das Gericht am Wohnsitz einer Partei zwingend zuständig, also nicht an früheren Gerichtsort gebunden.
		<p>Es liegt also eine zwingende Zuständigkeit am Wohnsitz einer Partei vor und damit spielt der Ort der Scheidung vorliegend keine Rolle.</p>	
		<p>Wer sind die klagenden Parteien?</p>	Die Mutter ist Klägerin.
		<p>Könnte S. dies auch selber machen?</p>	Nein, da er noch nicht volljährig ist.

		<p>Was ist der Inhalt der Klageschrift?</p> <p>Welche Punkte müssen Sie aufnehmen?</p> <p>Wo finden Sie den formellen Inhalt für die Klage?</p> <p>Schauen Sie in Art. 290 ZPO. Braucht es eine Begründung?</p> <p>Was wäre bei einer Variante, bei der die Eltern nie verheiratet waren?</p> <p>Und wo reichen Sie die Klage ein?</p> <p>Wo prüfen Sie das?</p> <p>An wen adressieren Sie?</p> <p>Und wenn die Schlichtung scheitert?</p> <p>Um welche Verfahrensart handelt es sich?</p> <p>Um was für eine Klage handelt es sich?</p> <p>Präziser, was ist die Unterkategorie?</p> <p>Finden Sie dazu etwas im Gesetz?</p> <p>Spielt das summarische Verfahren hier auch eine Rolle?</p> <p>Was hat dies mit dem summarischen Verfahren zu tun? Wo im Familienrecht?</p>	<p>Es handelt sich um eine Abänderung des Scheidungsurteils.</p> <p>Den Unterhalt.</p> <p>In Art. 282 ZPO.</p> <p>Da muss ich in den Spezialbestimmungen schauen. Nein, es braucht keine Begründung.</p> <p>Dann müsste man eine normale Unterhaltsklage machen.</p> <p>Beim Regionalgericht, jedoch gibt es vorher eine Schlichtung.</p> <p><i>Keine Antwort.</i></p> <p>An die Schlichtungsbehörde.</p> <p>Dann erhält man eine Klagebewilligung.</p> <p><i>Kandidatin antwortet nicht sofort.</i></p> <p>Um eine familienrechtliche Klage.</p> <p>Es handelt sich um Kinderbelange.</p> <p>Im summarischen Verfahren.... Ah nein, gemäss Art. 295 ZPO gilt für selbständige Klagen das vereinfachte Verfahren. Es handelt sich vorliegend ja um eine selbständige Klage, da der Unterhaltsbeitrag nicht im Scheidungsverfahren festgelegt wurde.</p> <p>Es gibt Ausnahmen in der Ehe für die Kinder.</p> <p>Nach Art. 302 ZPO gibt es Ausnahmen.</p>
--	--	--	---

		<p>Was wäre in dieser Konstellation für ein summarisches Verfahren möglich?</p> <p>Nehmen wir noch eine dritte Variante an. Wie wäre die Situation, wenn S schon volljährig wäre?</p> <p>Könnte auch die Mutter klagen?</p> <p>Könnte sie auch rückwirkend den Unterhalt verlangen, für die Zeit vor Volljährigkeit?</p> <p>Nein, das Bundesgericht hat in einem aktuellen Entscheid entschieden, dass ab Erreichen der Volljährigkeit nur noch das Kind zur Unterhaltsklage legitimiert ist.</p> <p>Welche Verfahrensgrundsätze gibt es?</p> <p>Was bedeutet Offizialmaxime?</p> <p>Was ist das Gegenstück zur Untersuchungsmaxime?</p> <p>Und was für Pflichten gibt es beim Untersuchungsgrundsatz?</p>	<p>Im Fall von vorsorglichen Massnahmen.</p> <p>Dann könnte er selbständig klagen.</p> <p>Ich denke schon.</p> <p>Ich denke, dass dies möglich sein sollte.</p> <p>Es gibt die den Offizial- und uneingeschränkte Untersuchungsmaxime.</p> <p>Das Gericht muss den Sachverhalt von sich aus feststellen.</p> <p>Der Verhandlungsgrundsatz.</p> <p>Die Mitwirkungspflicht der Parteien.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Dzmako	<p>Vorweg weise ich Sie daraufhin, dass sich meine Fragen grundsätzlich auf das bernische Steuerrecht stützen.</p> <p>Die erste Frage betrifft das Einkommen. Wie kommt man vom Roheinkommen zum Reineinkommen?</p> <p>Gibt es eine allgemeine Vorschrift, die sagt, welche Abzüge vom Roheinkommen gemacht werden können / dürfen?</p> <p>Aufwendungen und allgemeine Abzüge, was sind organische und was sind anorganische Abzüge?</p> <p>Wie qualifizieren sich anorganische Abzüge?</p> <p>Charakterisieren Sie organische Abzüge.</p> <p>Sind Kita-Kosten organische oder anorganische Abzüge?</p> <p>Es gibt da noch den Art. 38 lit. c StG.</p> <p>Da es sich um Drittbetreuungskosten handelt, können diese Abzüge unter Art. 38 lit. I StG geltend gemacht werden.</p> <p>Sachverhalt: Nationalrat X wollte für die neue Amtsperiode Dezember 2015 – Dezember 2019 wiedergewählt werden und hat für den Wahlkampf CHF 50'000.- eingesetzt. X wurde wiedergewählt. In der Steuererklärung 2015 macht X die Wahlkampfkosten als Abzüge geltend. (Frage bezieht sich auf Urteil BGE 2C_860/2014, 2C_861/2014)</p>	<p>Vom Roheinkommen können Abzüge gemäss Art. 38 StG gemacht werden, wie bspw. Schuldzinsen und bezahlte Unterhaltsbeiträge. Nach den Abzügen erhält man dann das Reineinkommen.</p> <p>Gemäss Art. 30 StG werden die Abzüge vom Gesamteinkommen gemacht und so wird das Reineinkommen ermittelt.</p> <p>Es gilt zu unterscheiden. Organische Abzüge sind bspw. Berufskosten und anorganische sind bspw. Schuldzinsen.</p> <p>Es sind solche, die nicht direkt mit etwas mit dem Einkommen zu tun haben.</p> <p>Dabei handelt es sich um Abzüge, welche unmittelbar mit dem Einkommen verbunden sind.</p> <p>Ich denke, dies sind eher anorganische Abzüge, weil es nicht direkt Berufskosten sind.</p> <p>Das sind die familienrechtlichen Abzüge, welche gemacht werden können. Dort passt dies gut rein.</p> <p><i>Der Kandidatin wird der Sachverhalt zum Durchlesen abgeben.</i></p>

		<p>Was denken Sie, als was könnten diese Wahlkampfkosten geltend gemacht werden?</p> <p>Was ist für Sie das Ergebnis einer Aus- und Weiterbildung?</p> <p>Sehen Sie im vorliegenden Fall den Schulungsaspekt?</p> <p>Sie sagte, es handle sich nicht um Berufskosten, können Sie dies begründen?</p> <p>Gibt es allenfalls ein Problem in zeitlicher Hinsicht? Zeitlicher Zusammenhang?</p> <p>Sind es nun Berufskosten?</p> <p>Die Kosten beziehen sich auf ein künftiges Ereignis. Eine Bedingung kann im Steuerrecht nicht gemacht werden, ist nicht zulässig.</p> <p>Was ist nun ihre Wahl?</p> <p>Was ist ihre erste Wahl?</p> <p>Anderer Sachverhalt. Kann eine R Immo AG mit Sitz in Bern ihren Verlust von CHF 100'000 geltend machen?</p> <p>Auf welche Grundlage stützen Sie sich?</p> <p>Variante: Im Jahr 2007: – CHF 100'000.- und im Jahr 2014 + CHF 600'000.-.</p> <p>Sind Sie sicher?</p> <p>Letzte Variante: Steuerjahre 2007 – 2014, die AG hat abweichend davon handelsrechtlich per 2008 ein Langjahr gemacht, vom 01.01.2008 – 31.05.2009 und dann wieder gewechselt und ein Kurzjahr gemacht, vom 01.06.2009 – 31.12.2009. Wirkt sich dies aus? Würde sich dies aufheben?</p>	<p>Allenfalls als Aus- oder Weiterbildungskosten. X ist bereits Nationalrat und möchte wiedergewählt werden, daher denke ich, dass es sich nicht um allgemeine Berufskosten handelt, sondern es eher Ausbildungskosten sind.</p> <p>Man spezialisiert sich, man will weiterkommen.</p> <p>Nein, da X die letzten vier Jahre bereits Nationalrat gewesen ist.</p> <p>Gemäss Art. 31 lit. c StG: er hatte ja Kosten, damit er überhaupt Wahlkampf machen kann. Diese Kosten waren für die Ausübung des Berufes notwendig.</p> <p>Ich sehe kein Problem. Er wird immer für 4 Jahre wiedergewählt, danach hat er keinen Anspruch mehr wiedergewählt zu werden.</p> <p>Wenn er dies als Beruf ausübt. Aber er hat keinen Anspruch wiedergewählt zu werden. Wenn er wiedergewählt ist, dann kann er die Kosten abziehen, sonst nicht.</p> <p>Eher keine Berufskosten.</p> <p>Er hat keinen Anspruch gewählt zu werden.</p> <p>Rückwirkend bis zu 7 Jahren kann man Verluste abziehen.</p> <p>Auf Art. 93 StG, den Verlustvortrag.</p> <p>Da muss ich kurz die Jahre zählen. Der Verlust könnte im Jahr 2014 nicht mehr abgezogen werden.</p> <p>Ah doch, es sind genau 7 Jahre, ich habe mich verzählt.</p> <p>Gemäss Art. 93 StG können Verluste von den vorgegangenen Geschäftsjahren abgezogen werden. Handelsrechtlich ist sowohl ein Kurz- und als auch ein Langjahr möglich, daher sind auch die Abzüge gemäss Art. 93 StG in diesen Geschäftsjahren möglich.</p>
--	--	---	---

Art. 107 Abs. 3 StG, Sehen Sie da was?

In Art. 108 Abs. 3 StG geregelt: umfasst das Geschäftsjahr mehr oder weniger als zwölf Monate, werden für die Bestimmung des Steuersatzes die ordentlichen Gewinne und Aufwendungen auf zwölf Monate umgerechnet.

Gemäss dieser gesetzlichen Bestimmung gilt als Steuerperiode das Geschäftsjahr. Mehr oder weniger als 12 Monate... ah nein, ausser im Geschäftsjahr.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Wytttenbach	Der Kandidatin wird ein Sachverhalt zum Durchlesen ausgeteilt. Lesen Sie den Sachverhalt durch. Die Klientin kommt für einen Termin Ihre Kanzlei. Überlegen Sie sich, welche Abklärungen zu machen und welche Schritte vorzunehmen sind. <i>Leider wird der Sachverhalt von Frau Wytttenbach nicht vorgelesen. Aber im Laufe der Prüfung zeigt sich, dass es sich um eine Schliessungsverfügung einer Bar in Bern handelt.</i>	
		Es geht um eine Schliessung einer Bar. Wo ist diese Schliessung geregelt?	Da würde ich im Spezialgesetz nachschauen.
		Damit Sie nicht lange suchen müssen, gebe ich Ihnen das Spezialgesetz zur Hand. Um was für ein Gesetz handelt es sich hier?	<i>Die Kandidatin erhält das Spezialgesetz.</i> Wir haben hier das Gastgewerbegesetz. In Art. 38 ist die Schliessung geregelt. Im vorliegenden Sachverhalt geht es um eine Schliessung von 30 Tagen.
			Für das Beschwerdeverfahren ist gemäss Art. 48 Abs. 1 die Volkswirtschaftsdirektion zuständig. Vorliegend hat der Regierungstatthalter die Schliessung der Bar verfügt, weshalb wir vor das Verwaltungsgericht müssen.
		Wie qualifizieren Sie Frau Meier?	Sie ist ein Gastgewerbebetrieb.
		Was ist es für eine Bewilligung aus verwaltungsrechtlicher Sicht?	Ich denke es handelt sich um eine Konzession.
		Hierbei handelt es sich um eine klassische Polizeibewilligung. Was ist eine Polizeibewilligung?	
		Wie ist diese Schliessungsverfügung zu qualifizieren?	Es ist eine Individualverfügung, eine konkrete. Frau Meier ist die Verfügungsadressatin. Es handelt sich um eine negative Verfügung.
		Ändert die Verfügung etwas am Rechtsbestand?	Nein, denn Frau Meier hat keinen Anspruch auf die Bewilligung.
		Somit handelt es sich um eine positive Verfügung eine sogenannte exekutorische Massnahme, Verwaltungszwang.	

		<p>Wer hat die Verfügung erlassen?</p> <p>Wie gehen Sie weiter vor?</p> <p>Worauf würden Sie dieses Vorgehen stützen?</p> <p>Was sind weitere Eintretensvoraussetzungen? Ist die Klientin legitimiert?</p> <p>Was ist zu prüfen?</p> <p>Und die formelle Beschwer, Teilnahme am Vorverfahren.</p> <p>Was wären ihre Rügen?</p> <p>Unter welcher Rechtsverletzung?</p> <p>Könnte eine Verletzung von Art. 38 GGG geltend gemacht werden? Unangemessenheit rügen oder andere Vorbringen?</p> <p>Oder Unangemessenheit?</p> <p>Gemäss Art. 38 Abs. 2 GGG : Kann eine befristete Schliessung des Betriebs bis zu drei Monaten verfügt werden. Daher könnte das Verhältnismässigkeitsprinzip geltend gemacht werden und vorbringen, dass die Schliessungsdauer zu lange und somit unverhältnismässig ist.</p>	<p>Es handelt sich um eine Verfügung des Regierungsstatthalters. Der Regierungsstatthalter ist Bewilligungsbehörde. Beschwerden gegen Verfügungen gestützt auf dieses Gesetz werden durch die Volkswirtschaftsdirektion beurteilt, somit gibt es hier eine Instanz mehr. Allenfalls gibt es noch weitere Regelungen.</p> <p>Ich würde eine Beschwerde bei der Volksdirektion einreichen. Allenfalls würde ich vorher noch das Organisationsgesetz der Volksdirektion konsultieren.</p> <p>Auf Art. 48 Gastgewerbegesetz (GGG) und auf Art. 3 VRPG. Vorgängig bedarf es gemäss Art. 62 lit. b VRPG eines internen Beschwerdeverfahrens gemäss Art. 62 lit. b VRPG, da die anfechtbare Verfügung vom Regierungsstatthalter verfügt wurde.</p> <p>Frau Meier ist materielle Verfügungsadressatin. Daraus ergibt sich auch die formelle Beschwer.</p> <p>Frau Meier müsste ein aktuelles und praktisches Interesse haben. Aufgrund der Schliessung ihrer Bar ist dieses Interesse zu bejahen.</p> <p>Zudem müsste Frau Meier auch noch Partei- und Prozessfähig sein.</p> <p>Die Beschwerdeinstanz hat vorliegend volle Kognition. Ich würde die unrichtige Feststellung des Sachverhalts rügen. Ich würde vorbringen, dass ihr bekannte Personen diese wetten in ihrer Bar gemacht haben und sie selbst keine solchen Wetten gemacht hat. Rüge gemäss Art. 66 lit. a VRPG, unrichtige Feststellung des Sachverhalts. Zudem würde ich vorbringen, dass sie keine Werbung gemacht hat, bzw. sagen, dass Werbung zu qualifizieren sei. Das Wort Werbung müsste demnach ausgelegt werden.</p> <p>Frau Meier habe Anspruch auf die Bewilligung.</p> <p>Allenfalls könnte eine Ermessensüber- oder unterschreitung oder ein Missbrauch geltend gemacht werden.</p> <p>Es könnten auch nur Einzelakten geprüft werden. Der Art. 38 GGG gibt Ermessensspielraum.</p>
--	--	---	---

	<p>Wie sieht es aus mit der aufschiebenden Wirkung?</p> <p>Lesen Sie genau. Ist es eine Schliessung nach Abs. 1?</p> <p>VRPG, was sehen Sie dort?</p> <p>Variante: gestützt auf Art. 68 VRPG wird die aufschiebende Wirkung entzogen.</p>	<p>Keine aufschiebende Wirkung gemäss Art. 38 Abs. 4 GGG.</p> <p>Nein, es handelt sich um eine befristete Schliessung nach Abs. 2 und somit hätte die Verfügung aufschiebende Wirkung.</p> <p>Die aufschiebende Wirkung ist in Art. 68 VRPG geregelt. Grundsätzlich hat die Beschwerde aufschiebende Wirkung.</p> <p>Nur aus wichtigen Gründen kommt keine aufschiebende Wirkung zu. Es gilt daher auszulegen, ob solche wichtige Gründe für den Entzug der aufschiebenden Wirkung vorliegen.</p>
--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Schnell	Frage: B sitzt in U-Haft, muss er einen Verteidiger haben?	Es liegt hier wohl ein Fall von notwendiger Verteidigung vor.
		Wo steht das?	In Art. 130 StPO. Wenn die Untersuchungshaft einschliesslich einer vorläufigen Festnahme mehr als 10 Tage gedauert hat.
		Und wann noch?	Wenn eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr oder eine freiheitsentziehende Massnahme droht.
		Oder?	Wenn Landesverweisung droht.
		Oder?..... Weiter? (Schnell macht zeitlich druck)	Wenn die beschuldigte Person aufgrund ihres körperlichen oder geistigen Zustandes oder aus anderen Gründen ihre Verfahrensinteressen nicht ausreichend wahren kann und die gesetzliche Vertretung dazu nicht in der Lage ist.
		Frage: Ihre Klientin ist geistig nicht in der Lage, die Konsequenzen der Geschehnisse bzw. des Verfahrens zu verstehen. Trotzdem hat die Klientin ohne anwaltliche Vertretung Aussagen vor der Polizei gemacht. Sind die Beweise verwertbar?	Da der Verteidiger nicht dabei war, denke ich, dass der Beweis nicht verwertbar ist.
		Denken Sie als Verteidigerin.	Der Beweis ist nicht verwertbar, weil er rechtswidrig erlangt wurde.
		Wie stellen Sie den konkreten Antrag?	Ich mache eine Beschwerde gegen die Anordnung der Einvernahme.
		Liegt ein Protokollproblem vor?	Das Protokoll ist aus den Akten zu weisen.
		Warum?	Es ist nicht verwertbar, weil die Klientin geistig nicht in der Lage war, die Situation zu erfassen und zu verstehen. Allenfalls müsste ein Gutachten über ihren geistigen Zustand eingeholt werden. Ein Parteigutachten, ein Beweisantrag.
		Welcher Experte sollte das Gutachten machen?	Es muss von einem Psychiater erstellt werden, ein Psychologe reicht nicht aus.
		Die Staatsanwaltschaft hat den Beweisantrag abgewiesen, was nun?	Es ist problematisch, da Entscheide über Beweisanträge nicht angefochten werden können, ausser man macht nicht leicht wiedergutzumachende Nachteile geltend. Das Protokoll bleibt in den Akten.
		Behaupten Sie nun nicht leicht wiedergutzumachende Nachteile?	Ja
		Müssten Sie nicht warten?	Nein, ich könnte vorsorglich anordnen.

	<p>Wie steht es, wenn die Beschwerdekammer nicht auf Beschwerde eintritt, können Sie dann ans Bundesgericht?</p> <p>Wo steht das? Welches Gesetz?</p> <p>Technisch ist der Entscheid der Beschwerdekammer was für ein Entscheid?</p> <p>Schauen Sie in Art. 93 BGG.</p> <p>Wann anfechtbar?</p> <p>Was für ein Nachteil?</p> <p>Wo ist die Verwertbarkeit der Beweise geregelt?</p> <p>Welche Stufen von Verwertbarkeit von Beweisen gibt es?</p> <p>Gibt es noch andere?</p> <p>Sonst?</p> <p>Kennen Sie ein Beispiel zu Art. 141 Abs. 2 (Gültigkeitsvorschrift)?</p> <p>Zeugnisverweigerungsrecht.</p> <p>Was ist eine einfache Ordnungsvorschrift? Kennen Sie eine Ordnungsvorschrift? Ist der Beweis auch bei Verletzung verwertbar?</p> <p>Neuer Sachverhalt: Sie sind Staatsanwältin. Die Polizei hat heute B an der Grenze in Chiasso um 18:00 Uhr festgenommen. Kann man ihn in Haft behalten?</p> <p>Ab wann läuft diese Frist?</p> <p>Sie wissen nicht, ob das Zwangsmassnahmegericht ihn frei lässt?</p>	<p>Ja</p> <p>Art. 81 BGG</p> <p><i>Kandidatin gibt keine Antwort.</i></p> <p>Vor- und Zwischenentscheid</p> <p>Auch wieder, wenn nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil droht.</p> <p>Ein Rechtsnachteil, ein rechtlich geschütztes Interesse.</p> <p>In Art. 141 StPO.</p> <p>Absolut unverwertbar, nicht absolut verwertbar und verwertbar.</p> <p>Es gibt noch Gültigkeitsvorschriften.</p> <p>Ordnungsvorschriften</p> <p><i>Kandidatin nennt kein Beispiel.</i></p> <p>Ist eine qualifizierte Ordnungsvorschrift.</p> <p>Zum Beispiel die Vorladungsfrist.</p> <p>Ich muss innert 48 Stunden beim Zwangsmassnahmegericht einen Haftantrag stellen.</p> <p>Ab dem Zeitpunkt der Festnahme.</p> <p>Ich muss dem Zwangsmassnahmegericht eine Beschwerde ankündigen. Nach Ankündigung der Beschwerde habe ich aber nur drei Stunden Zeit die Beschwerde summarisch begründet beim Zwangsmassnahmegericht einzureichen. Dies steht nicht im Gesetz, aber allenfalls in einer Weisung.</p>
--	---	---

Nein, kein Weisung, dies ist bundesgerichtliche Rechtsprechung. Was ist der Grund?

In der StPO die Beschwerde der Staatsanwaltschaft nicht aufgeführt ist.

Mit welchen Anträgen würden Sie an die Beschwerdekammer gelangen?

Wie sagt man dieser Haft?

**Was passiert nicht?
Wird er befragt?**

Was muss auch noch verlangt werden?

Sie müssen einen doppelten Antrag stellen.

Um 21:00 Uhr teilt Zwangsmassnahmegericht mit, dass die beschuldigte aus Haft entlassen wird.

Sobald Sie in Kenntnis des Urteils sind, laufen die drei Stunden für das Beschwerdeverfahren.

Keine Antwort der Kandidatin.

Der Entscheid sei aufzuheben und die beschuldigte Person sei zurück in Haft zu setzen.

Superprovisorische Haft.

Nein, das rechtliche Gehör wird später gewährt.

Die aufschiebende Wirkung muss verlangt werden.

Im Sinne des Beschleunigungsgebots ist es meine Sache, dass ich über das Urteil rechtzeitig in Kenntnis gelange.